

Zusammenfassung

Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts wurden insgesamt 105 durch baden-württembergische Behörden in den Jahren 2011 bis 2016 erlassene Genehmigungsbescheide für Windenergieanlagen einschließlich ihrer 7479 Hinweise, Inhalts- und Nebenbestimmungen in einer Access-Datenbank zusammengetragen und systematisch ausgewertet.

Damit stellt das vorliegende Werk die erste umfassende Darstellung und Übersicht aller betroffenen Rechtsgebiete dar und integriert gleichzeitig alle in Baden-Württemberg spezifischen Leitfäden zur Genehmigung von Windenergieanlagen und aktuelle Rechtsprechung.

Die nach den Rechtsgebieten, denen sie entstammen, kategorisierten Inhalts- und Nebenbestimmungen werden im juristischen Teil der Arbeit auf ihre rechtliche Zulässigkeit geprüft. Für jede einzelne Gruppe von Nebenbestimmungen wurde dabei eine optimierte Formulierung in Form eines Textbausteins entwickelt. Diese bilden zusammengefasst einen Werkzeugkasten, der neben der optimalen Formulierung auch die Art der jeweiligen Bestimmung enthält, die Rechtsgrundlage der spezifischen Inhalts- und Nebenbestimmung sowie der rechtlichen Anforderungen. Damit leistet das Ergebnis des Forschungsprojekts einen wesentlichen Beitrag, um die Rechtssicherheit, die Vorhersehbarkeit und die Verfahrensökonomie zu erhöhen.

Im betriebswirtschaftlichen Teil des Projekts folgte, entsprechend der Untergliederung der Nebenbestimmung nach Rechtsgebieten, eine Analyse der Auswirkungen der Inhalts- und Nebenbestimmungen auf die mit einer Investition verbundenen Ein- und Auszahlungen.

Das Projektergebnis besteht daher in der qualitativen Auswertung der Inhalts- und Nebenbestimmungen, der Darstellungen der Anforderungen an ihre juristische Zulässigkeit und der Darstellung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen in diesem Projektabschlussbericht sowie aus der Access-Datenbank, deren Struktur in diesem Bericht abstrakt dargestellt wird. Die Datenbank selbst ist in einer datenschutzrechtlich anonymisierten Form auf einem digitalen Datenträger ebenfalls Bestandteil dieses Berichts, die vollständige Datenbank steht hingegen nur den Projektpartnern zu.

Aus rechtlicher Perspektive spiegeln die Inhalts- und Nebenbestimmungen die Charakteristika des deutschen Genehmigungsverfahrens für Windenergieanlagen wider. Aufgrund der Konzentrationswirkung der immis-

sionsschutzrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 BImSchG ist dieses gekennzeichnet durch eine große Breite betroffener Rechtsgebiete und den sich daraus ergebenden Genehmigungsvoraussetzungen.

Die Auswertung hat gezeigt, dass die unterschiedlichen Genehmigungsbehörden unterschiedliche Textbausteine verwenden, teilweise gibt es auch innerhalb einer Genehmigungsbehörde unterschiedliche Textbausteine. Dies ist allerdings vielfach auch der am Standort vorgefundenen Situation des Einzelfalls geschuldet.

Eine detailliertere Analyse ergab, dass die Abgrenzung von Inhalts- und Nebenbestimmungen nicht immer eindeutig ist, hier zeigt die Arbeit den Spielraum auf, in dem eine Entscheidung der Behörde möglich ist. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Auflagen im Naturschutzrecht der Fall.

Die häufigste Art der Nebenbestimmung zur Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen im Sinne von § 12 Abs. 1 BImSchG war die Auflage. Auch wurden Genehmigungsbescheide unter Bedingungen oder dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen erteilt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass gerade mit Blick auf nachträgliche Anpassung von Genehmigungen für einen Auflagenvorbehalt fast kein Spielraum verbleibt und diese nur durch nachträgliche Anordnungen oder einen (teilweisen) Widerruf der Genehmigung/ der Auflagen vorgenommen werden können.

Die Textbausteine, die in der vorliegenden Arbeit vorgeschlagen werden, können daher zu einer größeren Einheitlichkeit der Genehmigungsbescheide beitragen, zu einer klaren Einordnung der verschiedenen Arten von Nebenbestimmungen und auf Seiten der Investoren und Projektierer zu mehr Klarheit im Hinblick auf die zu erwartenden Inhalts- und Nebenbestimmungen.

Die größte Zahl der Inhalts- und Nebenbestimmungen lag bei den ausgewerteten Genehmigungsbescheiden im Bereich des Baurechts mit insgesamt 1882 Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie im Naturschutzrecht mit 1153 Inhalts- und Nebenbestimmungen. In diese Bereiche fallen auch diejenigen Nebenbestimmungen, die die stärksten finanziellen Auswirkungen auf ein geplantes Projekt haben: die Naturschutzmaßnahmen sowie die Sicherung des Rückbaus. Insgesamt betreffen die meisten auszahlungswirksamen Inhalts- und Nebenbestimmungen die „sonstigen Auszahlungen“, sowohl in der Investitions- (hier wirken sich Inhalts- und Nebenbestimmungen aus 19 Bereichen aus) als auch in der Betriebsphase (Inhalts- und Nebenbestimmungen aus 9 Bereichen).

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht lässt sich festhalten, dass die Inhalts- und Nebenbestimmungen einerseits in Form von u.a. Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen, Anforderungen an die Beschaffenheit und Aus-

stattung der Anlage, Erfordernis von Abnahmemessungen zu einer Erhöhung der Auszahlung führen. In der Investitionsphase, vor Beginn des Betriebs der Windenergieanlage, betreffen diese erhöhten Auszahlungen die „sonstigen Kosten“ und damit einen, relativ zu den Gesamtinvestitionskosten betrachtet, untergeordneten Teil der Auszahlungen.

Andererseits begründen die Inhalts- und Nebenbestimmungen Verpflichtungen zum Abschalten bzw. Drosseln der Leistung der Anlage oder einen entsprechenden Vorbehalt. Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen werden in diesem Fall in der Betriebsphase der Windenergieanlage relevant und mindern die Einzahlungen, die der Betreiber der Windenergieanlage durch Einspeisung des erzeugten Stroms in das Netz erzielt. Werden über den Lebenszyklus der Investition hinweg im Vergleich zur Vorplanung (bei gleichbleibenden Auszahlungen) geringere Einzahlungen erzielt, hat dies negative Auswirkungen auf die Rentabilität des Projekts.

Die konkreten Auswirkungen hängen dabei sowohl vom Standort der Windenergieanlage und dem Windaufkommen, als auch von der Ausgestaltung der einzelnen Inhalts- und Nebenbestimmung und der Dauer der dadurch bedingten Abschaltung zusammen. Je länger die Abschaltzeiten sind, desto geringer sind die Einzahlungen und damit die Wahrscheinlichkeit, dass die Windenergieanlage die vom Betreiber geforderte Rendite erbringt oder der Amortisationszeitpunkt der Investition nicht innerhalb des von Kreditgebern geforderten Zeitraums liegt.

Der rechtliche Spielraum, um Inhalts- und Nebenbestimmungen betriebswirtschaftlich verträglicher zu gestalten, ist gering. Die Auswertung der Genehmigungsbescheide und die Ausarbeitung der idealen Nebenbestimmungen im Stil eines Baukastens haben gezeigt, dass die Genehmigungsbescheide in der Regel die erforderlichen, also jeweils mildesten, zur Zweckerreichung gleich geeigneten Maßnahmen enthalten. Diese Schwelle darf nicht aus Gründen der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit für den Antragsteller unterschritten werden.

Gleichzeitig hat das Projekt gezeigt, dass Genehmigungsbescheide für Windenergieanlagen in Form von zahlreichen Hinweisen auf andere gesetzliche Bestimmungen verweisen. Auch diese haben betriebswirtschaftliche Auswirkungen auf Windenergieprojekte. Inwiefern der allgemeine gesetzliche Rahmen die Attraktivität von Investitionen in Windenergieanlagen beeinflusst, wäre allerdings im Rahmen einer Gesetzesevaluierung zu untersuchen.